P Z. 1907. 3706.

Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrig. Staat. ist d. Bezug nur p. Kreuzband durch d. Exp. d. Bl. möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Exp. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Nykestr. 31; Schulzendorferstr. 27; Schöneberg, Vorbergstr. 8; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84; Pankow, Berlinerstr. 13 b.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate: Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger“ 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Potsdamerstraße 33; Bayreutherstr. 32; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Schulzendorferstraße 27; Gr. Frankfurterstr. 33; Charlottenburg, Kantstraße 34, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 1
37. Jahrgang

Mittwoch
1. Januar 1908

Des Neujahrstages wegen erscheint die nächste Nummer des „Berliner Tageblattes“ am Donnerstag, 2. Januar abends.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 1.

An der Schwelle von 1908.

Von
Friedrich Dernburg.

Der erste Januar gestaltet sich regelmäßig zu einer Art von Weltparlament. Zuerst erscheint der unübersehbare Chor der Zeitungen und verkündet, was er an Hoffnungen und Befürchtungen für das angehende Jahr hegt. Dann treten die Häupter der Nationen vor und bekräftigen oder erschüttern mit der Autorität ihrer Stellungen die Deutung, die der Zeitungschor den Zukunftsaspekten gegeben hat. In keinem Zeitungsartikel und in keiner Ansprache der Völkerhirten wird diesmal das Wort Friede fehlen. Und wo es etwa doch fehlen sollte, da fehlt es, weil man es für selbstverständlich hält. Und das ist noch besser. So ist das Fundament gegeben, auf dem die Völker ihre kulturelle und wirtschaftliche Arbeit weiterführen können. Und da mir die Ehre zuteil wird, an erster Stelle zu den Lesern des Tageblatts zu sprechen, so stimme ich vertrauensvoll und herzlich in diesen Ton des Chors ein.

Wenn der Friedensengel in lebenden Bildern oder sonst erscheint, pflegt er im weißen Gewand aufzutreten. Dieses Weiß ist symbolisch, denn Weiß ist bekanntlich die neutrale Farbe, die entsteht, wenn die ineinander gemischten Farben sich gegenseitig aufheben. So ist der Völkerfrieden zurzeit nichts anderes als das Ergebnis des Ausgelebtseins, des Ueberwindens, der Neutralisierung der Völkerstreite. Es war viel zuzudecken in Europa, bis das heutige Weiß des Friedens herausgebracht wurde. Manchmal regen sich noch die alten Farben unter der Deckfarbe, das Blutrot des Krieges, aber man sieht sie mehr und mehr verblassen. Wenigstens versichert das heute jedermann.

Jüngst betonte ein hervorragender jüngerer Staatsmann mir gegenüber, wie wir in einer Zeit besonders schwieriger und verwickelter Fragen leben, die das Gefühl vollständiger Sicherheit nicht aufkommen lassen. Ich konnte ihm aus meinen Erinnerungen sagen, daß seit einem halben Jahrhundert und mehr niemals ein Gefühl vollkommenerer Sicherheit in der Welt geherrscht hat als heute. Gerade das Gegenteil. Ja, aber unter Bismarck, warf er ein. Aber gerade unter Bismarck ist die Welt nie aus einem leisen Beben herausgekommen. Ich nehme die kurzen Flitterwochen des Dreikaiserbundes aus. Das überraschte mein Gegenüber sehr. Doch die Tatsachen reden. Schon das Jahr 1875 stand unter dem Schatten einer vom Vatikan inspirierten österreichisch-französisch-italienischen antideutschen Koalition. Die ausgeruhten Großmächte beunruhigten Bismarck unausgesetzt; da erschien der russisch-türkische Krieg als eine Ablenkung. Er hinterließ indessen nur die Entfremdung Rußlands und das Problem des Krieges auf zwei Fronten. Von da an blieb die Frage, ob wir nicht zuerst losschlagen sollten, latent, der europäische Erdbebenzeiger oder Seismograph kam überhaupt nicht mehr zur Ruhe. Bismarck hielt zwar zurück. Aber er war offenbar entschlossen, wenn es sein mußte, die Stunde zu wählen. Meine publizistische Stellung ließ mich die leiseren oder stärkeren Zuckungen des europäischen Bebens mitfühlen. Und die Katastrophe schien immer wieder nur aufgeschoben.

Faßt man diese Epoche ins Auge, so wird man den heutigen Zustand der Befriedung Europas höher bewerten, als dies regelmäßig geschieht. Alle Kämpfe, die ausgekämpft wurden, alle Fragen, die sich erledigten, alle Rivalitäten, die sich abschliffen, kommen der heutigen Weltstimmung zugute. Vor etwas mehr als fünfzig Jahren ging der Pariser Kongreß auseinander. Es ließ die Frage des Orients ungelöst, stellte die italienische Frage auf die Tagesordnung, hinter der die österreichisch-ungarische und die deutsche Frage auftauchten. Im Orient ist heute nur der mazedonische Rest akut geblieben. Statt der drei anderen Fragen stehen drei unerschütterliche Tatsachen in der Welt: das Deutsche Reich, Oesterreich-Ungarn und Italien. Die deutsch-französische Frage, die seit dreihundert Jahren Europa beherrschte und beunruhigte, ist in der Kräfteverschiebung in den Hintergrund getreten. Nach der Schlacht von Königgrätz war sie wieder einmal akut geworden. Der Frieden von Frankfurt schien vom französischen Nationalgeist schon zerrissen, ehe er nur geschrieben war. Aber der Krieg von 70/71 hat doch bei Sieger und Besiegtem ein Kraftmaß gezeigt, das jenseits und diesseits der Vogesen vor einer neuen Kraftprobe warnt. Wir haben uns gegenseitig ausprobiert und sind mit gegenseitigem Respekt voneinander geschieden. Mehr kann man zurzeit nicht verlangen. Das Duell zwischen England und uns schien noch auszustehen. Die Fahrt der amerikanischen Flotte nach der Südsee zeigt indessen, daß Deutschland der gefährlichen Ehre, als Mittelpunkt Europas auch der Mittelpunkt der Weltpolitik zu sein, enthoben ist. Früher oder später muß England den Amerikanern nach dem Pacific folgen. Die Meldung des „Standard“, England lege eine Flottenstation an der Westküste Kanadas an, greift höchstens den Ereignissen vor. Dort, und nicht in der Nordsee, wird um Englands Weltherrschaft gespielt. Es ist ein Lebensinteresse Englands, an seinen unmittelbaren Seegrenzen sichere Freunde zu haben. Erreicht König Eduard dies Ziel nicht, so wird sein diplomatischer Ruf ein Eintagsruhm bleiben.

Unsere innere Entwickelung seit einem halben Jahrhundert zeigt einen Gang, vergleichbar unserer auswärtigen Evolution Alle Machtfaktoren und alle Parteien haben miteinander gerungen, und das Ergebnis war, daß keiner den anderen gänzlich niederringen konnte. Bismarck hat es hintereinander mit allen Parteien versucht. Vor Siebzig mit der Fortschrittspartei, nach Siebzig mit den Konservativen (Eugen Richter sagte damals von der Partei, sie werde nach der Wahl in einer Droschke wiederkehren, und so war es); dann begann Bismarcks Ringen mit den Ultramontanen, mit den Sozialdemokraten, mit den Nationalliberalen. Schien ein Gegner auf die Knie gebracht, so stand er schon wieder auf. Doch ebensowenig gelang es den Parteien, die Regierung auf die Knie zu bringen; weder der Fortschrittspartei 1863 noch den Nationalliberalen 1878.

Nach den vorletzten Wahlen sahen die Sozialdemokraten schon die preußische Monarchie zu ihren Füßen, und das übermütig gewordene Zentrum nahm das Wort zur Devise: „Zentrum ist Trumpf“. Die letzten Reichstagswahlen haben diese Konstellation wieder gründlich korrigiert. Diese anscheinend so ergebnislosen Kämpfe sind indessen keineswegs fruchtlos gewesen; die Experimente haben mindestens gezeigt, wie es nicht gemacht werden kann, sie haben das Gefechtsfeld geklärt. Man kann sich gegenseitig nicht aus der Welt schaffen, also muß man versuchen, miteinander zu leben. Dringt diese einfache Wahrheit durch, so ist Deutschland aus den politischen Kinderschuhen heraus. Die Konsequenz davon ist ein Verhältnis, dem man den Namen Block gegeben hat. Eine ideale Sache ist es für keinen der Beteiligten, aber man kann damit leben. Der machiavellistische Spruch lautete: Teile und herrsche, der staatserhaltende lautet: Vereinige und regiere!

Es ist gar kein Zweifel, daß das Deutsche Reich sich die schwerste Aufgabe gestellt hat, die, abgesehen von der platonischen Republik, jemals ein Staatswesen übernommen hat. Mit seinen Zwangsversicherungen, seiner sozialen Gesetzgebung macht es sich immer mehr zum Zwangsvormund aller seiner Angehörigen. Und je mehr das Reich und die Einzelstaaten sich in dieser Richtung ausgeben, um so mehr und um so stärkere Ansprüche drängen sich heran. Schon ist das Ideal jeden Arbeiters, ein unabsetzbarer Beamter zu sein, und alle Gehalts- und Lebensansprüche drängen nach oben. Was in allen anderen Ländern der Einzelne sich leistet, das soll ihm in Deutschland der Staat besorgen. Die Licht- und Schattenseiten dieses Systems, in dem wir unwiderruflich eingeschifft sind, stehen nicht mehr in Frage. Aber mit der finanziellen Regulierung dieses Zustandes müssen wir uns beschäftigen. Indessen glaube ich, daß das, was im Augenblick in Frage steht, gegenüber den Milliarden unserer Gesamtwirtschaft überschätzt wird, man kann die Lösung von seiten der Findigkeit von Reichsboten und Staatssekretären erwarten. Bedenklicher allerdings ist die Lage der wirtschaftlichen Depression gegenüber, in der wir stehen, und noch mehr der gegenüber, die wir etwa befürchten.

Hier drängt sich unwillkürlich die Parallele auf zwischen sonst und jetzt, zwischen dem Vermögensstand und der Kraft Deutschlands zur Zeit des großen Krachs und seinem heutigen Bestand und seiner Kraft; denn dies Gespenst des Krachs regt sich immer in zweifelhaften Zeiten. Doch welch eine Veränderung in wenig mehr als einem Menschenleben! Wie dürftig war damals Deutschland, wie beschränkt, wie unentwickelt in seinen produzierenden Kräften, wie zurückgeblieben in seiner Finanzwirtschaft. Der Milliardensegen fiel auf uns wie das große Los in das Haus eines kleinen Mannes, der darüber den Kopf verliert und den goldenen Segen unwirtschaftlich verpufft. Heute ist Deutschland eine der führenden wirtschaftlichen Großmächte, technisch und finanziell gerüstet und gewappnet. Mit einem über die ganze Erde sich erstreckenden Betrieb und einer durch Werte aller Länder verstärkten Reserve. Wenn die Statistik nicht lügt, so hat der Vermögenszuwachs Deutschlands allein in weniger als der letzten Dekade acht Milliarden überschritten. Vor allem hat die inzwischen hergestellte Organisation der leitenden Industrien in ihren großen Verbänden dem ganzen Betrieb eine Festigkeit gegeben, von der man sich sonst nichts träumen ließ, an der kleine Stöße abprallen und selbst die Gewalt der größten sich abschwächt. Was vor dreißig Jahren eine schwere Erkrankung des ganzen wirtschaftlichen Organismus war ist heute eine Störung im Blutumlauf, im Geldverkehr. Und was einen siechen Körper umwirft, das ist für eine an sich gesunde Konstitution lediglich ein Uebergang. Dagegen ist Hypochondrie für einen auch annähernd gesunden Mann eine schlimme Krankheit. Sie muß man sich tunlichst vom Leibe halten.

Am Schluß des Jahres 1908 gibt es, das kann man ohne Prophetengabe voraussagen, nahezu eine Million Deutsche mehr. Wie sollten wir dabei nicht gedeihen? Wie kein anderes kann das vorwärtsstrebende deutsche Volk mit Vertrauen in die Zukunft blicken, wenn es die teuer erkauften Lehren beachtet, die unsere Vergangenheit der Gegenwart zuruft.

---

* **Der belgische Ministerpräsident de Trooz** ist, wie uns aus Brüssel telegraphiert wird, schwer erkrankt. Gestern abend ist er mit den Sterbesakramenten versehen worden. Angesichts des hoffnungslosen Zustandes des Kabinettschefs ist der Eisenbahnminister Libaert interimistisch mit der Führung der Geschäfte des Ministeriums des Inneren, die der erkrankte Kabinettschef verwaltete, beauftragt worden. König Leopold, welcher aus Paris zurückgekehrt ist, sandte sofort seinen Hofmarschall, um über de Trooz' Befinden Erkundigungen einzuziehen.

Die Erweichung des Rechtsgefühls.

Von
Theodor Barth.

Völker sind nicht selten auf Charaktereigenschaften stolz, die sie schon längst nicht mehr besitzen, vielleicht nie recht eigentlich besessen haben. Gewiß hat es unter den Deutschen zu allen Zeiten Persönlichkeiten gegeben und gibt es heute noch, denen man ein stark entwickeltes Rechtsgefühl nachrühmen kann, aber als nationale Eigenschaft läßt sich unbeugsamer Rechtssinn jedenfalls heute nicht bei uns ansprechen. Wenn der Spießbürger bewundernd von Bismarckscher Realpolitik spricht, so denkt er dabei mit einem gewissen Uebеrlegenheitsgefühl an den Grundsatz: Macht geht vor Recht. Daß politisch unbequeme Parteien oder Einzelpersonen gesetzgeberisch oder administrativ vergewaltigt werden, bringt sein Blut nicht in Wallung. So gern er von Ethik im allgemeinen redet, behandelt er doch die Uebertragung ethischer Grundsätze auf die Politik als eine schwächliche Sentimentalität. Er schreckt deshalb auch nicht vor Ausnahmegesetzen zurück, sobald diese nur nicht ihn und seinen Stammtisch treffen.

Diese allmähliche Erweichung des Rechtsgefühls, die den politischen Opportunismus nur zu willig über die Grundsätze des Rechts triumphieren läßt; diese Charakterschwäche, die sich gern mit Redensarten wie „Right or wrong my country“ oder „Salus publica suprema lex“ drapiert, hat auch dazu geführt, daß ein Kampf, den ein einzelner oder eine Partei um ihr Recht oder um Rechtsgleichheit führt, bei denen, die nicht unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen sind, nur äußerst selten auf Unterstützung, ja in der Regel nicht einmal auf ernste Sympathie zu rechnen hat. Wir erleben es fortgesetzt, daß die Anhänger der Sozialdemokratie von den staatlichen Regierungs- und Verwaltungsbehörden behandelt werden, als ob sie unter einem Ausnahmegesetz ständen. Speziell in Preußen muß jeder Anhänger der Sozialdemokratie darauf gefaßt sein, aus jedem staatlichen Amt gejagt zu werden, auch wenn es das eines einfachen Postboten, eines Eisenbahnschaffners oder eines Volksschullehrers ist, sobald es herauskommt, daß er einen Stimmzettel für einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben hat. Die öffentliche Meinung rebelliert schon kaum noch gegen diese fortgesetzte Verletzung der Rechtsgleichheit.

Gegenwärtig schwebt in Preußen ein Disziplinarverfahren gegen einen freisinnigen Lehrer, der die Freveltat begangen hat, in einer gegen die Bestimmungen des Schulunterhaltungsgesetzes gerichteten öffentlichen Versammlung, in der auch ein Sozialdemokrat als Redner mitwirkte, referiert zu haben. Es ist ferner eine notorische Tatsache, daß die Juden unter fortgesetzter Verletzung des Prinzips konfessioneller Gleichberechtigung in den meisten Zweigen der staatlichen Verwaltung wie auch in der Armee zurückgesetzt werden. Allen heuchlerischen Versicherungen zum Trotz ist es unbestreitbar, daß in zahlreichen Fällen nur die Zugehörigkeit zum Judentum das Hindernis zur Aufnahme durchaus qualifizierter Offiziersaspiranten in das Reserveoffizierkorps bildet. Bei keinem anderen Kulturvolk würde die öffentliche Meinung derartige Verletzungen der Rechtsgleichheit, wie sie bei uns der stärksten politischen Partei und der jüdischen Konfessionsgemeinschaft gegenüber gang und gäbe sind, so geduldig und gleichgültig ertragen wie bei uns in Deutschland, zumal in Preußen. Wir haben dieser Tage erlebt, daß für ein Legat von zwanzigtausend Mark, das einer freireligiösen Gemeinde zugefallen war, die ministerielle Erlaubnis zur Annahme verweigert wurde. Der Fiskus ist damit zum lachenden Erben geworden. Eine ähnliche Engherzigkeit wäre in keinem anderen Lande denkbar; immer von Rußland abgesehen. Wir wohnen mit unwilligem Erstaunen dem hartnäckigen Kampfe bei, in dem ein aus dem Dienst geschiedener Offizier um die Weiterführung des Oberstitels ficht. Aber wer springt dem Manne bei, der die Sache des staatsbürgerlichen Rechtes gegen Uebergriffe des Militarismus mit bewunderungswerter Zähigkeit vertritt?

Nirgends findet sich bei uns heute, außerhalb sehr kleiner Kreise, jener aufrechte Rechtssinn, dessen stete Kampfbereitschaft die wichtigste Quelle der konstitutionellen Freiheiten Englands geworden ist, und dessen Betätigung in der Drey-